

# GUTENACHRICHTEN

aus Stuttgart und Berlin

UTE VOGT



21. Oktober 2011

## Europa bitte mit Leben füllen!

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,  
liebe Genossinnen und Genossen,

mit den Guten Nachrichten möchte ich in regelmäßigen Abständen einen kleinen Überblick über meine Arbeit in Stuttgart und Berlin geben.

In meinem Fachbereich steht noch immer das Thema Endlager oben an. Allerdings geht es dabei nicht allein um die Aufarbeitung der Auswahl des Standorts Gorleben, sondern sehr aktuell um neue Konzepte für die Suche nach dem besten Endlager für hochradioaktiven Abfall.

Am 7. November lädt die SPD- Bundestagsfraktion zu einem „Endlager-Symposium“, das uns helfen soll, wichtige Eckpunkte für ein Endlagersuchgesetz zusammen zu tragen.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit stand in den letzten Wochen allerdings nahezu ausschließlich die Entscheidung zu den neuen Befugnissen des Euro-Rettungsschirm (EFSF). Wie die große Mehrheit der SPD-Bundestagsfraktion habe auch ich der Bürgschaft für weitere 211 Mrd. Euro zugestimmt. Es schien mir unumgänglich, um die Euro-Zone als Gesamtheit zu erhalten und damit die große Idee Europa nicht zu beschädigen. Aber dabei will ich es nicht alleine belassen. Ich bin überzeugte Europäerin und finde, wir müssen den begonnenen Weg konsequent weitergehen. Dies bedeutet mehr Gemeinsamkeiten in der Wirtschafts- und Finanzpolitik Europas. Nicht allein die längst überfällige Transaktionssteuer zur Beteiligung der Akteure auf den Finanzmärkten an den Kosten. Auch die Angleichung der Steuern und der Regulierungen der Finanzmärkte muss folgen. Derzeit schaffen wir in Europa noch nicht einmal eine wenigstens annähernd gleiche Mehrwertsteuer, von Unternehmenssteuern oder Vermögensbesteuerung ganz zu schweigen. Das bedeutet allerdings, auf weitere eigene Rechte zugunsten Europas zu verzichten. Mir macht Sorge, ob so ein Weg in Zukunft akzeptiert wird, denn überzeugt sind von Europa im Moment nicht mehr ganz so viele Europäer. Im Heidelberger Programm hat sich die SPD bereits 1925 zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ bekannt. Aus meiner Sicht wird es Zeit, dass wir diese Debatte wieder mit Leben füllen, damit die Begeisterung wieder wachsen kann.

Viel Vergnügen beim Lesen weiterer aktueller Themen in unserem kurzen Info-Blatt,  
Eure

### Inhalt

Endlagersuche in  
der Schweiz

Regierung kürzt bei  
der Arbeitsförderung

Ute Vogt macht  
den Stromrad-Test

Orangene Wertstofftonne:  
Gewinn bitte an die  
Kommunen

Aktuelle Ticker  
aus dem Bundestag

Info und Kontaktadresse

# Auf der Suche nach einem sicheren Platz....

Bericht von einem Informationsbesuch in der Schweiz

Ähnlich wie vom Arbeitskreis Endlager während des Moratoriums unter rot-grüner Regierungszeit erarbeitet, folgt auch die Schweizer Endlagersuche einem Konzeptplan, der die Untersuchung verschiedener Standorte und die Information und Beteiligung der Bevölkerung als Kernelement hat. Untersucht werden alternativ je drei Standorte für schwach- und mittelradioaktiven und hochradioaktiven, also stark wärmeentwickelnden Abfall. Nach einem öffentlich bekannten Fahrplan wird dann eingegrenzt und am Ende wird je ein Standort vorgeschlagen, der schließlich ausgebaut wird, wenn eine Volksabstimmung dies so bestätigt.

Auffallend in der Schweiz war für uns die ganz andere Mentalität im Umgang mit Informationen. Auch in Deutschland erhält man inzwischen viel Informationen rund um das Thema Atommüll. Besonders das Bundesamt für Strahlenschutz ist eine gute Quelle für Hintergrundwissen rund ums Atom. Und trotzdem ist etwas anders in der Schweiz. Die Informationen liegen nicht allein zur Abholung bereit, sie werden vielmehr aktiv unter die Leute gebracht. Verständlich und übersichtlich, denn am Ende braucht man die Zustimmung der Bevölkerung. Selbst das unterirdische Forschungslabor Mont Terri veröffentlicht regelmässig Ergebnisse und Messwerte seiner Tonstudien. Interessant auch, dass dieses Labor erst seit kurzem überhaupt richtig verschlossen ist. Lange Zeit war der Stollen für jeden zugänglich, ohne dass es dabei zu Störungen der Forschungsarbeiten gekommen war. Das stelle man sich mal auch nur ansatzweise in Gorleben vor!

..... für Atommüll war ich vor kurzem in der Schweiz unterwegs. Dort läuft ein Verfahren zur Standortsuche für geeignete Endlager für radioaktiven Abfall.

Ich bin überzeugt, dass allein solche Offenheit das notwendige Vertrauen schafft, das herrschen muss, wenn ein Endlagerstandort wenigstens toleriert, wenn nicht sogar am Ende akzeptiert wird. In Deutschland haben wir da leider einen ganzen Rucksack voll schlechter Erfahrungen und stehen nun vor der spannenden Aufgabe, diesen ganz abzugeben. Nur dann macht die neuerliche Suche nach einem sicheren Platz für hochradioaktiven Abfall überhaupt Sinn.

...

+++ Aktuell aus dem Bundestag ++ 14. Okt. ++

## SPD-Bundestagsfraktion zu Frauenarmut: Zuschussrente ist reines Placebo

Damit wird die Bundesregierung Frauen nicht aus der Armutsfalle befreien, sondern sie langfristig in der Zuverdienerinnenrolle halten. Wer diejenigen besonders fördert, die wegen Kindererziehung und Pflege aus dem Berufsleben aussteigen, um danach in Teilzeit oder einem Minijob zu arbeiten, will Frauenarmut nicht ernsthaft bekämpfen. Stattdessen zementiert die Regierung mit der Zuschussrente das Alleinverdienermodell, in dem Frauen spätestens im Alter das Nachsehen haben.

Wir müssen das Armutproblem von Frauen bei der Wurzel packen und von Jahr zu Jahr mehr Frauen garantieren, sich aus eigener Erwerbstätigkeit absichern zu können. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns und die Begrenzung von Minijobs sind dafür richtige Schritte - und nicht ein Placebo wie die Zuschussrente.

Was bedeutet eigentlich „das bestmögliche Endlager“ für Atommüll? Muss es überhaupt ein „Endlager“ sein, oder genügt ein „gesichertes Zwischenlager“? Wo ist der beste Standort? Und wann geht endlich das erste Endlager in Betrieb? Fragen, die auch nach dem Ende der Atomkraft in Deutschland unbeantwortet sind. Und nicht nur hier. Auf dem ganzen Planeten gibt es kein genehmigtes oder funktionstüchtiges Endlager für hochradioaktive Abfälle aus insgesamt 442 Kernkraftwerken.

Die SPD-Bundestagsfraktion veranstaltet darum am 7. November um 11 Uhr im Reichstagsgebäude in Berlin eine Konferenz.

## Atom-Endlager: wie, wo und wann?

Die politische Diskussion um Gorleben als möglichen Standort nimmt derzeit wieder Fahrt auf: Führende Umweltberater der Bundesregierung plädieren mittlerweile für eine Suche nach vier bis fünf alternativen Standorten zu Gorleben.

Selbst der niedersächsische Ministerpräsident McAllister schaltete sich ein und rückte vorsichtig von Gorleben ab.

Das ist ein Debakel für die Bundesregierung, aber eine Chance für Gorleben. Denn der niedersächsische Salzstock ist das Symbol für einen verhärteten Endlagerstreit – bei dem seit über 30 Jahren getrickst wird. Um dies aufzuklären, arbeitet seit April 2010 im Deutschen Bundestag der 1. Untersuchungsausschuss „Gorleben“. Mit dem Atomausstieg eröffnet sich die Chance, die Endlager-Frage nicht mehr als Kampf ums Atom, sondern „vom Ende her“ zu führen.

### Bericht von der Ausstellungseröffnung am 13.09.2011 in Stuttgart-West

#### Kernenergie und radioaktive Abfälle - in Deutschland und weltweit

Wie viele Atomkraftwerke gibt es eigentlich weltweit? Und wie viele werden noch gebaut? Wohin mit dem ganzen radioaktiven Müll?

Diese Fragen und viele andere Facetten der Kernenergie hat die junge Designerin Esther Gonstalla in einem Buch anschaulich dargestellt und illustriert, das dafür auch einen Buchpreis bekam. Die wichtigsten Kapitel gibt es - Dank der Friedrich-Ebert-Stiftung - nun auch als Wanderausstellung.

Ute Vogt eröffnete gerne die Ausstellung, die bis zum 27. September im Bürgerzentrum-West zu sehen war.

Neben den bekannten Gefahren der Atomwirtschaft (weltweit noch kein einziges Endlager, Reststrahlung von mindestens 1,5 Mio. Jahren, Krebsrisiko in der Nähe von AKWs, u.a.) wies sie auch auf die Risiken hin, die ehemalige nukleare Sprengköpfe oder vor sich hin rostende ehemalige nuklearbetriebene U-Boote oder Schiffe darstellen.

Sie finden sich in einsamen, entlegeneren Ecken der Welt, wo sie nicht so auffallen - bis der Tag

kommt, an dem dieser Atommüll in die Atmosphäre oder ins Wasser gelangt.

•••

*Ausstellungseröffnung mit (v.l.n.r.) Ute Vogt, Esther Gonstalla, der Gestalterin der Ausstellung, und Dr. Sabine Fandrych, Chefin der Friedrich-Ebert-Stiftung.*



# Wahlkreis Stuttgart

## Bundesregierung kürzt drastisch die Mittel zur Arbeitsförderung

Ute Vogt: Diese Fehlentscheidung wird in Stuttgart spürbar sein

Pressemitteilung 23.09.2011

Arbeitsförderung bei der Bundesagentur für Arbeit geht nur mit ausreichenden finanziellen Mitteln. Verwendet werden die Gelder, um Fortbildungen für Arbeitslose zu bezahlen, Langzeitarbeitslosen Wege zurück in die Arbeitswelt zu ermöglichen oder die öffentlich geförderte Beschäftigung zu stützen. Jetzt hat die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundestag durchgesetzt, dass jedes Jahr 2 Milliarden Euro gekürzt werden, ab 2014 fehlen dann jährlich 8 Mrd. Euro im Vergleich zu heute. Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt kritisiert dies als absolute Fehlentscheidung: „Wie und wohin sollen die Arbeitsvermittler jemanden vermitteln, wenn es kein Geld für berufliche Wiedereinstiegsmaßnahmen oder Fortbildungskurse gibt?“ Viele der bisherigen Pflichtleistungen unterliegen dann nur noch einem „Ermessensspielraum“, laut der Abgeordneten ein gravierender Einschnitt. Auch in Stuttgart werden diese Kürzungen spürbar sein.

Ute Vogt betont, dass gerade der besondere Förderbedarf für Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Älteren, Jugendlichen und Menschen mit Behinderungen extrem wichtig sei und fürchtet, dass die Chancen so vieler dadurch noch geringer werden. Ziel muss es sein, der zunehmenden Spaltung auf dem Arbeitsmarkt entgegenwirken zu können und jedem Menschen die Chance auf Teilhabe durch Arbeit zu gewähren. Arbeitsmarktpolitik sei genau genommen Bildungspolitik und so rechnet die Abgeordnete damit, dass die jetzt eingesparten Gelder später durch höhere Sozialausgaben um ein vielfaches überholt werden.

•••

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt deshalb die Kritik des DGB an dem Gesetz der Bundesregierung und hat den Antrag „Arbeitsmarktpolitik an den Herausforderungen der Zeit orientieren – Weichen für gute Arbeit, Vollbeschäftigung und Fachkräftesicherung stellen“ (Bundestagsdrucksache 17/6465) eingebracht.

Wir wollen die folgenden Initiativen starten:

- Ausbildung, Bildung, Qualifizierung und lebensbegleitendes Lernen zur Deckung des Fachkräftebedarfs und zur Schaffung von neuen Chancen auf dem Arbeitsmarkt fördern
- öffentlich geförderte Beschäftigung ausbauen: Perspektiven für Langzeitarbeitslose ohne Chance auf ungeforderte Beschäftigung
- besondere Angebote für Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Ältere, Jugendliche, Menschen mit Behinderung und solche, die gesundheitlich eingeschränkt sind, unterbreiten
- Rechtsansprüche von Arbeitsuchenden insbesondere auf Förderung von Bildung und Weiterbildung und Verbesserung der Voraussetzung für mehr Innovation in der Arbeitsmarktpolitik stärken
- einen guten Förderrahmen für eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik schaffen
- gute Arbeit fördern, Arbeitgeberzuschüsse auf neue Basis stellen
- Verfahren zur wissenschaftlichen Bewertung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums verbessern

++ Aktuell aus dem Bundestag ++ 14. Okt. ++

Arbeitsmarktreform fällt in Länderkammer durch.

Der Bundesrat entschied, die Reform der Arbeitslosenförderung vorerst zu stoppen. Das begrüße ich ausdrücklich - denn das Gesetz ist nicht nur handwerklich schlecht gemacht, sondern es verschärft die Lage am Arbeitsmarkt, statt sie zu überwinden. Übrigens: Auch Länder mit CDU-Regierungsbeteiligung erteilten der Arbeitsministerin eine Absage. Jetzt ist der Vermittlungsausschuss an der Reihe.

## Fahrradfahren in Stuttgart - bergauf - bergab

Leichter geht es mit dem Elektro-fahrrad - ich machte den Stromrad-Test:

Bergauf, bergab - Stuttgart ist halt keine Fahrradstadt. Dachte ich auch immer und beschränkte, verwöhnt von flacheren Gefilden und mangels gut trainierter Muskelkraft, meine Rad-Ausfahrten entlang den ebenen Strecken oberhalb der Stuttgarter Innenstadt. Denn auch die Bahn war mir nur begrenzt eine Hilfe, die langen Bergstrecken zu überwinden: Ist doch die Fahrrad-Mitnahme nur außerhalb der Berufsverkehrszeiten gestattet. (Übrigens gilt diese Regel so strikt, dass man auch aus einer fast leeren Bahn wieder herausgeschickt wird, wenn die Uhrzeit nicht stimmt).

Doch nun habe ich erfahren: es geht doch. Auch von der Innenstadt bis zu mir nach Botnang. Ohne abzusteigen. Der Technik sei Dank und der Firma Stromrad, bei der ich eines dieser neuen Räder mit Elektroantrieb ausleihen konnte. Nutzte ich es anfangs etwas verschämt (Rentnerfahrzeug....), konnte ich doch sehr schnell feststellen,

dass es mitnichten unsportlich ist. Denn treten muss man wohl, da der Elektromotor nur dann mitmacht, wenn jemand die Pedale in Gang setzt. Auf flacher Strecke geht es gut ohne Unterstützung, denn das Pedelec ist zwar schwerer als mein Fahrrad, aber so groß ist der Gewichtsunterschied nicht.

Ob zum Weindorf, schnell zur Solitude, den Berg kurz runter zum Einkaufen oder ins Büro. Ich fahre nun zwar mit weniger Anstrengung als sonst - aber ehrlich, die meisten Strecken bin ich eben vorher gar nicht mit dem Rad gefahren.

Elektromobilität voran zu bringen, war ein wichtiger Ansatz schon aus der Zeit von Wolfgang Tiefensee als Verkehrsminister. Damals wurde auch Stuttgart als eine Modellregion ausgewählt. Ich finde es wichtig, dass wir den Fokus nicht alleine auf die PKWs legen, denn auch Elektro-Autos bilden einen Stau in unserer Stadt. Also ruhig mal testen, ob das Elektro-Fahrrad nicht für noch mehr Menschen eine Alternative sein kann, auch in Stuttgart.

•••

Foto: Mit Eberhard Franke von Stromrad bei der Rückgabe des Testfahrrades



## Vogt und Vögtle



Hospitanzprogramm der Friedrich-Ebert-Stiftung für angehende Journalisten

### „Ein Blick hinter die Kulissen der Politik“

Jedes Jahr legt die FES zusammen mit der SPD-Bundestagsfraktion ein vierwöchiges Programm auf: Gespräche mit Spitzenpolitikern und Hauptstadtkorrespondenten, Teilnahme in Arbeitsgruppen und Ausschusssitzungen, Mitarbeit im Abgeordnetenbüro.

Die FES teilte Ute Vogt den Freiburger Studenten Fabian Vögtle zu .....warum wohl? ;-)

+++ Aktuell aus dem Bundestag +++  
+++ 13. Okt. +++

## Schwarz-Gelb zementiert Armut. Besonders für Alleinerziehende.

Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen hierzulande steigt weiter, obwohl Deutschland eines der reichsten Länder der Welt ist. Zudem wird es für Arme immer schwieriger, sich aus ihrer Notlage zu befreien.

Die höchste Quote der Armutsgefährdung weisen Alleinerziehende auf: 38 Prozent gehören zu der Gruppe, die sich mehrheitlich nicht einmal eine Woche Urlaub im Jahr leisten kann, die zu einem Drittel kaum an jedem zweiten Tag eine warme Mahlzeit isst und von denen 16 Prozent ihre Wohnung nicht angemessen heizen können. Als armutsgefährdet gilt, wer als Single weniger als 929 Euro im Monat zur Verfügung hat.

Diese Entwicklung wird von der Bundesregierung dramatisch verschärft. So sparen CDU, CSU und FDP genau bei denjenigen, die es am härtesten trifft: Beim Wohngeld wurde der Heizkostenzuschuss gestrichen, das Elterngeld wurde gekürzt und fiel für SGB II-Leistungsberechtigte komplett weg. Für Hartz-IV-Empfänger entfiel außerdem die Zahlung der Rentenversicherungsbeiträge. Beinahe die Hälfte (41 Prozent) der Alleinerziehenden ist langzeitarbeitslos und daher von diesen unsozialen Kürzungen ganz besonders betroffen.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Rücknahme des Kahlschlags in der Arbeitsmarktpolitik. Die Einsparungen von 4,7 Milliarden Euro allein im kommenden Jahr, sowie 26,5 Milliarden im Zeitraum bis 2015 werden ohne jeden Zweifel zu Lasten der Arbeitslosen gehen. Sie werden in ihrer Situation einzementiert.

Die Wirkungskette von Arbeitslosigkeit oder Minijobs, absolut geringen Einkommen und schlechten Bildungschancen muss durchbrochen werden. Wirtschafts-, und Finanzpolitik heißt für uns auch aktive Arbeitsförderung mit guter Qualifizierung und Weiterbildung für mehr Menschen und Familien als bis jetzt.



## Ute Vogt: "Rosinenpickerei" privater Entsorgungsunternehmen der Abfallwirtschaft unterbinden!

**Städte und Kreise sollen weiter für die Entsorgung des üblichen Restmülls der Haushalte sorgen. Gewinne aus den geplanten Wertstofftonnen aber sollen – nach Plänen der Bundesregierung – in Richtung privater Unternehmen fließen.**

Pressemitteilung 27.09.2011

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Ute Vogt kritisiert das: „Das Ziel von Schwarz-Gelb ist offensichtlich, einseitig die Interessen der privaten Entsorgungswirtschaft zu fördern.“ Für die Stuttgarterinnen und Stuttgarter drohen in solch einem Fall aber Gebührenerhöhungen bei der Müllentsorgung. Ute Vogt: „Vorrang bei der Wiederverwertung von Abfällen vor rein wirtschaftlichen Interessen sollte zu Anfang doch der Schutz der Umwelt sein, ebenso, dass das Recycling in der Nähe stattfindet und nicht Müll quer durch Europa gekarrt wird und es ist auch auf die tarifliche Absicherung sowie den Gesundheits- und Arbeitsschutz der Beschäftigten in den Recyclingfirmen zu achten.“

Der jetzige Gesetzentwurf entspräche nicht dem üblichen parlamentarischen Verfahren, eine EU-Richtlinie entweder Eins zu Eins umzusetzen oder aber weitere Verbesserungen für die Betroffenen einzuführen. Schwarz-Gelb hacke hier sinnlos und unnötig auf Städten, Gemeinden und Kreisen herum, so die Stuttgarter Abgeordnete. Denn die so-

## Wer verdient am Müll?

... bitte die Kommunen!!

genannten bestehenden "Überlassungspflichten" für alle Abfälle aus Haushalten zugunsten der Kommunen zu unterwandern, indem man die gewerblichen Sammlungen stärkt und die angestrebte Wertstofftonne der Privatisierung freigibt, sei weder nach EU-Abfallrichtlinie, noch nach EU-Recht vorgeschrieben. Die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs seien hier eindeutig.

Deutschland hätte ein besseres Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht verdient, stellt auch die SPD-Bundestagsfraktion immer wieder fest: Der von der schwarz-gelben Bundesregierung im Juni diesen Jahres eingebrachte Gesetzentwurf wird in dieser Form auch vom Bundesrat abgelehnt, ebenso parteiübergreifend von den Kommunen und von vielen Umweltverbänden. So gar der Bayerische Landtag sprach sich in einem Dringlichkeitsantrag noch Anfang Juni gegen den Gesetzentwurf aus. Der Anhörungstermin in Berlin zum Gesetzentwurf am 19. September ergab das gleiche Ergebnis: Nur die Verbände der gewerblichen Abfallbranche und der Wirtschaft sind mit diesem Gesetz zufrieden. Städte und Kreise sollen weiter für die Entsorgung des Restmülls haften. Gewinne aber fließen – nach schwarz-gelber politischer Vorgabe – in Richtung privater Unternehmen.

...

## Jetzt schon an Weihnachten denken

In den sitzungsfreien Wochen, den Wahlkreiswochen, bin ich immer unterwegs, besuche Kindertagesstätten oder Leiharbeitsfirmen, den Stuttgarter Hafen oder die Downhillstrecke. Nun steht aber bald die Vorweihnachtszeit an - bitte denkt daran, mich über Veranstaltungen, Weihnachtsmarkteröffnungen oder Stadtteilbazare rechtzeitig zu informieren. Gerne nimmt mein Stuttgarter Team Eure Anfragen auf und kümmert sich darum. Je früher der Termin bekannt ist, umso eher die Chance, dass ich teilnehmen kann. Unten gleich zur besseren Planung die Sitzungswochen bis Jahresende.

## Sitzungswochen

Hier die Übersicht bis Jahresende:

- 17. bis 21. Oktober
- 24. bis 28. Oktober
- 7. bis 11. November
- 21. bis 25. November
- 28. November bis 2. Dezember
- 12. bis 16. Dezember

Die ganze Arbeit wäre nicht zu leisten ohne die tolle Unterstützung meines Teams:  
Wie immer ein ganz großes Dankeschön an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

## Mein Team in Stuttgart:

Claudia Eichert und Dr. Matthias Schruppf

Stuttgarter Kontaktdaten:

Wilhelmsplatz 10  
70182 Stuttgart  
Tel: 0711- 5188 90- 10  
Fax: 0711- 5188 90- 20  
E- Mail: [stuttgart@ute-vogt.de](mailto:stuttgart@ute-vogt.de)



## Mein Team in Berlin:

Anne Martus und Sybille Thomas

Berliner Kontaktdaten:

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030- 227- 72894  
Fax: 030- 227- 76446  
E- Mail: [ute.vogt@bundestag.de](mailto:ute.vogt@bundestag.de)



## Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin

### „Was ist Urbanität?“

Die Stadt als sozialer und kultureller Lebensraum im Spannungsfeld von Multikulturalität und Identität.

Stadtleben ist eine neue Veranstaltungsreihe, mit der Denkanstöße für die zukünftige Entwicklung Stuttgarts gegeben werden sollen. Im Vordergrund steht dabei der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Gemeinsam wollen wir über Entwicklungsmöglichkeiten Stuttgarts unter dem Stichwort der Urbanität diskutieren. Doch was ist Urbanität? Für uns ein enges Wechselspiel der Themenfelder Soziales, Arbeit, Kultur, Mobilität und Ökologie.

Als ersten Gesprächspartner begrüßen zur Auftaktveranstaltung Roswitha Blind und Dejan Perc den ehemaligen Staatsminister für Kultur und Medien und derzeitigen Professor für Philosophie an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin.

Wir freuen uns auf Ihr / Euer Kommen!

**Termin:** Montag · 14. November 2011 · 19:00 Uhr  
**Intro:** Stuttgarter Szenen -- ein filmischer Rückblick

**Veranstaltungsort:**  
Kulturzentrum MERLIN e.V.  
Augustenstraße 72 · 70178 Stuttgart (West)  
S-Bahn Schwabstraße  
Bus 42, 44 (ca. 5 Gehminuten)

**Anmeldung:** Bitte per E-Mail bis Freitag 11. Nov. an [info@spd-stuttgart.de](mailto:info@spd-stuttgart.de) oder telefonisch: 07 11 - 619 36 34